



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21881 - 83
Fernschreiber 0886890

R/XIII/200 - 4. September 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	"Stillhalteabkommen als erster Schritt" Zu einer bedeutenden Entschliessung des Parteivorstandes der SPD (Siehe Anhang)	39
2	Hinter den Kulissen des nuklearen Zeitalters Von unserem nach Genf entsandten KH-Korrespondenten	55
3 - 4	24 754 deutsche Schüler in Rumänien Weiterer Ausbau des deutschen Kulturlebens	75
5 - 7	Das Grundgesetz der deutschen Sozialdemokratie Interview mit Willi Eichler, Mitglied des Parteivorstandes der SPD	112

Anhang:

1	Kommuniqué Von der Sitzung des Parteivorstandes der SPD am 3. September 1958 in Bonn	47
2	Entschliessung	45

* * *
* * *

"Stillhalteabkommen als erster Schritt"

sp - Es ist trotz der bedrückenden Situation in der sowjetischen Besatzungszone und trotz des Flüchtlingsstromes nach dem Westen notwendig, den politischen Blick nicht trüben zu lassen. Allzu leicht wird in diesen Tagen bei aller berechtigten Empörung über das unmenschliche Verhalten der Sowjetzonenregierung rein gefühlsmässig reagiert. Die notwendige Hilfe für die Flüchtlinge, für die sich die Sozialdemokratie mit ihrer ganzen Kraft einsetzt, darf nicht von der immer wieder notwendigen Aktivität in Richtung auf eine intensive Wiedervereinigungspolitik ablenken. Die Wurzel des Übels ist das gesplante Deutschland und das geteilte Europa, und so lange dieses Übel nicht beseitigt ist, können alle Proteste und Hilfemassnahmen eben nur Mittel einer augenblicklichen psychologischen oder materiellen Erleichterung sein.

Deshalb hat der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in seiner Sitzung am Mittwoch erneut die Grossmächte aufgefordert, ein Abkommen über die kontrollierte Beendigung der Atomwaffenexplosionen abzuschliessen und der Kreis der Atomwaffenbesitzer nicht zu vergrössern. Er hat an die Bundesregierung appelliert, in diesem Sinne eine übereinstimmende Haltung aller derjenigen Staaten herbeizuführen, die an Atomwaffen noch keinen Anteil haben. Ein Stillhalteabkommen als erster Schritt soll die in Kürze beginnenden Verhandlungen der Grossmächte fördern.

Wir wissen alle, dass die Überwindung der Spaltung Deutschlands mit allen ihren menschlichen und politischen Erschwernissen nur in einer Atmosphäre der Entspannung erreicht werden kann. Um aber zu dieser Entspannung zu kommen, darf der "Atomclub" nicht vergrössert und darf die Aufrüstung mit Atomwaffen nicht fortgesetzt werden. Wer das nicht sehen will, arbeitet der Entspannung entgegen und überlässt - trotz aller Hilfemassnahmen und Proteste - die 17 Millionen Deutsche in der Zone ihrem Schicksal.

Die Entschliessung des Parteivorstandes der SPD kündigt deshalb auch die Fortsetzung des Kampfes gegen die atomare Aufrüstung in der Bundesrepublik an. "Das Atomwaffen bleibt eine tödliche Bedrohung der Menschheit" - heisst es in dieser Entschliessung. Weil das so ist, muss der Kampf gegen das Atomwaffen fortgesetzt werden. Die Forderung nach einem Stillhalteabkommen ist deshalb Realpolitik im besten Sinne des Wortes. Sie unreisst das in der jetzigen Situation politisch Erreichbar weil ja die Grossmächte selbst entschlossen sind, in Verhandlungen über den kontrollierten Stopp der Atomwaffenversuche einzutreten.

Hinter den Kulissen des nuklearen Zeitalters

Von unseren nach Genf entsandten KH-Korrespondenten

Vor 13 Jahren zeigte das Atom seine schreckliche Seite. Es bewies der entsetzten Menschheit die in ihm ruhenden ungeheuren Zerstörungskräfte. Nunmehr ist in Genf die freundliche Kulisse des nuklearen Zeitalters aufgebaut worden. Die Szenerie bildet das "Palais des Expositions", - der Ausstellungspalast in der Unterstadt am See. Man sieht hier die Modelle phantastischer technischer Apparaturen: Reaktoren, "plants" zur Energie-Erzeugung, Kobaltbomben im Kampf gegen den Krebs. Jeder Winkel der Ausstellungsfläche ist ausgenutzt. 14 Nationen zeigen, welcher Art die bisher erreichten Fortschritte im Freundschaftsbund mit dem Atom sind, und insgesamt ist das Bild imposant.

Die USA benutzten diese Schau "Atoms for Peace" - Atome für den Frieden, um eine Demonstration der atomaren wirtschaftlichen Kraftentfaltung zu bieten. Mit ihnen wetteifern Großbritannien und Frankreich. Die Sowjetunion hat sich auf diesem (kommerziellen) Feld nicht interessiert gezeigt. Dafür zählt aber Liechtenstein zu Ausstellern, Liechtenstein als "friedliche Atommacht". Von den Staaten, die der Eisernen Vorhang abriegelt, hat nur Ungarn Beweise dafür gegeben, daß es sich um die wirtschaftliche Nutzung des Atoms bemüht.

Etwas wie Liechtenstein zeigt auch die Bundesrepublik mit 30 Ausstellern, die zum erheblichen Teil Buchverlage und Verbreiter von Fachliteratur sind, welche Aspekte sich für den friedlichen Wettbewerb durch die Kernspaltung eröffnet haben. Aber die Bundesrepublik Deutschland - in Genf kurz "Germany" genannt, hat vergessen, daß vor zwanzig Jahren in Deutschland die Kernspaltung entdeckt worden ist (Otto Hahn und Fritz Strassmann). Kein Zeichen, keine Andeutung weist darauf hin. Dagegen stellen Frankreich, England und die USA die Ereignisse ihrer Entdeckungen und Bilder ihrer Forscher vor.

Was nun die Atomkräfte Amerika, Großbritannien und Frankreich auf der Ausstellung "Atome für den Frieden" zeigen, läßt, von den neuen Kraftquellen der Urkernspaltung und der Verschmelzung leichter Kerne etwa des Wasserstoffs, abgesehen, den Wort erkennen, den viele radioaktive Isotope, also Varianten aller möglichen Arten von Elementen, für die Medizin, vor allem im Kampf gegen den Krebs erhielten. Der Besucher erzählt über die Anwendung von radioaktivem Gold, strahlendem Phosphor, strahlendem Jod, von radioaktivem Eisen und vielen anderen elementaren Umwandlungen, die gegen jede Erscheinungsform des Krebses und neuerdings auch gegen die Leukämie eingesetzt werden. Insgesamt sind 600 Isotope, Varianten von Elementen, entdeckt worden. Sie haben auch für die Biologie und Wirtschaft als "tracer elemente", Spurenelemente, ungewöhnliche Bedeutung erlangt. Die USA demonstrieren, wie weit sie die "Photosynthese" zu enträtseln gelungen ist, wie weit sie also dem Geheimnis der Schöpfung auf die Spur gekommen sind, das sich in der Entstehung der pflanzlichen Eiweißstoffe aus Licht, Luft und Wasser zeigt. Im Gespräch gestehen die amerikanischen Forscher zu, daß die Russen ebensolche, wenn nicht sogar größere Erfolge erzielten.

Im Übrigen ist eine Tatsache in Genf noch auffallend. Sie läßt sich aus einem Vergleich von Zahlen erkennen: Die USA sind mit 57 Ausstellern auf der Schau "Atoms for Peace" vertreten. Frankreich entsandte 100 Aussteller und steht an der Spitze der Beteiligung. Es belegte eine beachtlich größere Quadratmeterfläche als die USA. Gleich nach Frankreich folgt Großbritannien in der Rangwertung auf dieser Leistungsschau. Was die Deutschen überhaupt nicht für notwendig hielten, führten die Franzosen auffallend aus: Sie stellten die Entdeckungen als nationale Leistung vor. Die Generation der Curies verweisen auf den Anspruch Frankreichs, auch im geistigen Sinne eine Atommacht zu sein.

24 754 deutsche Schüler in Rumänien

rh - Nach Mitteilungen des Generalsekretärs im Bukarester Unterrichtsministerium Banyai gab es im vergangenen Schuljahr in Rumänien insgesamt 3492 Schulen für die nationalen Minderheiten. Diese Schulen hatten 267 939 Schüler und Schülerinnen, unter denen die ungarischen Schüler mit 156 812 den Hauptanteil stellten. An zweiter Stelle stehen die Deutschen mit 24 754 Schülern, es folgen dann die Ukrainer mit 9010, die Russen mit 3816 und die Serben und Kroaten mit 3332 Schülern. Ferner gibt es noch Schulen mit türkischer, tatarischer und bulgarischer Unterrichtssprache sowie einige Schulen für tschechische und slowakische Gruppen in Siebenbürgen. Von den nationalen Minderheiten besitzen nur die Ungarn 12 ungarische Fakultäten an den rumänischen Hochschulen und Universitäten, und zwar vor allem in Klausenburg, wo es eine beinahe komplette ungarische Universität gibt. Die Zahl der ungarischen Hochschüler wird mit rund 4000 angegeben. Die Hochschüler der übrigen nationalen Minderheiten, rund 2500, darunter auch die deutschen, studieren an den rumänischen Universitäten und Hochschulen.

Neben den deutschen Schulen in Siebenbürgen und im Banat gibt es auch zahlreiche rumänische Schulen mit deutschen Unterrichtsklassen. Das Bestreben der Deutschen, diese deutschen Klassen zu selbständigen Schulen zu erweitern, verzeichnete zu Beginn des neuen Schuljahres eine Reihe von beachtlichen Erfolgen. So wurde in Temesvar, dem Hauptort des Banats, eine pädagogische Anstalt mit deutscher Unterrichtssprache geschaffen, während bisher nur deutsche Klassen am rumänischen Institut bestanden. Die Heranbildung deutscher Lehrpersonen wurde damit auf eine gesicherte Grundlage gestellt. In Gataia im Banat wurde eine deutsche Mittelschule eröffnet, für die schon seit Jahren Bedarf bestand. Auch im Industriegebiet von Reschitza, wo bisher nur deutsche Klassen am rumänischen Gymnasium als Fortsetzung der zweienklassigen deutschen Grundschule bestanden, wurde zu dieser Grundschule eine vierklassige deutsche Oberschule eingerichtet, wodurch ein elfklassiges deutsches Gymnasium geschaffen wurde. In einer ganzen Reihe von siebenbürger Orten mit deutschem Bevölkerungsanteil wurden endlich eigene deutsche Grundschulen eingerichtet.

Praktisch geht die Entwicklung dahin, dass die Rumäniendeutschen jetzt erst den Vorsprung der Rumänienungarn im Schulwesen aufzuholen beginnen, den diese gleich nach dem Kriege behaupten konnten. Damals war die politische Situation für die Ungarn bedeutend günstiger, da sich ihrer sofort die Budapest Regierung bei den massgebenden sowjetischen Besatzungsinstanzen annahm. Budapest war damals auch instande, in Prag einen Stopp der Auswei-

sungen von Ungarn aus der Slowakei durchzusetzen. Die Deutschen in Rumänien verfügten damals nicht über einen derartigen Rückhalt, das Pankower Regime hat sich auch in den folgenden Jahren um sie nicht gekümmert und sie erst vor nicht allzu langer Zeit "entdeckt". Was die Rumäniendeutschen auf kulturellem Gebiet mit einer gewissen Förderung des Bukarester Regimes (die allen Minderheiten über offensichtliche Weisung Moskaus zuteil wird) seit dem Kriege geschaffen haben, ist demnach Eigenbau.

So wurde in Kronstadt (Stalinstadt) gleich nach dem Kriege ein deutsches Jugendtheater gegründet, aus dem sich vor einem Jahr eine deutsche Tanz- und Gesangsgruppe entwickelte, die man mit dem vor fünf Jahren in Bad Salzbrunn in Niederschlesien gebildeten Gesangs- und Tanzensemble "Freundschaft" vergleichen kann. Die Kronstädter Gruppe hat in den letzten Monaten ein Abendprogramm mit deutschen Volksliedern und Tänzen (nicht nur der Rumäniendeutschen) einstudiert, das unter dem Motto "Das bäuerliche Jahr" den Ablauf des Jahres zeigt und musikalisch in wirkungsvoller Weise darstellt. In den nächsten Wochen beginnt die Kronstädter Gruppe eine Gastspielfahrt durch alle rumänischen Gebiete, in denen Deutsche wohnen, wobei nicht nur Städte, sondern auch Dörfer besucht werden. Das Interesse für diese Gastspielfahrt, die auch zu den rund 10 000 Deutschen in Bukarest führen wird, ist unter den Rumäniendeutschen sehr gross. In vielen deutschen Ortschaften wird es die erste deutsche Veranstaltung seit dem Kriege sein.

Der rumänische Staatsverlag hat soeben einen rumänischen Band unter dem Titel "Deutsche Novellen des 19. Jahrhunderts" herausgebracht. Er enthält u.a. die Kleist-Novelle "Das Erdbeben in Chile", von Eichendorff "Aus dem Leben eines Taugenichts", "Die schwarze Galeere" von Wilhelm Raabe, Hörikes "Mozart auf der Reise nach Prag" und "Der Schimmelreiter" von Theodor Storm. Der Band bringt auch biographische Erläuterungen und Porträts der veröffentlichten Schriftsteller. Ferner ist ein Band mit drei Dramen Gerhart Hauptmanns rumänisch erschienen. Bände mit Werken Lessings und Bert Brechts sind in Vorbereitung. Der rumänische Schriftsteller Adrian Maniu ist damit beschäftigt, das Nibelungenlied ins Rumänische zu übersetzen. Es wird im nächsten Jahr erscheinen. Zurzeit arbeitet der Staatsverlag an einer Neufassung einiger deutscher Schulbücher. Auf dem Gebiete der Publizistik ist festzustellen, dass in einer Reihe von Betrieben jetzt auch deutsche Wandzeitungen erscheinen, und dass Bestrebungen im Gange sind, neben der in Bukarest erscheinenden deutschen Tageszeitung "Der neue Weg" zwei neue deutsche Tageszeitungen in Kronstadt und Temesvar herauszugeben.

Das Grundgesetz der deutschen Sozialdemokratie

Interview mit Willi Eichler, Mitglied des Parteivorstandes der SPD

Auf dem diesjährigen Parteitag der SPD in Stuttgart wurde beschlossen, den vorgelegten Entwurf zum neuen Grundsatzprogramm der Partei allgemein zu diskutieren, das Ergebnis dieser Diskussion zu verarbeiten und einem ausserordentlichen oder dem turnusmässigen Parteitag 1960 zur Beschlussfassung vorzulegen. Das Vorstandsmitglied Willi Eichler wurde inzwischen vom Präsidium und vom Vorstand der Partei beauftragt, auch in Zukunft die Programmarbeiter zu leiten. Der SPD-Pressedienst hat Willi Eichler in einem Interview gebeten, zu dieser Aufgabe Stellung zu nehmen.

* * *

Frage: Herr Eichler, es wurde in der Vordiskussion zum Entwurf des Grundsatzprogramms gelegentlich erklärt, die SPD brauche ein solches Programm nicht, sie solle sich vielmehr auf die Bewältigung der aktuellen politischen Aufgaben konzentrieren. Wie stehen Sie zu dieser Auffassung?

Antwort: Ich bin nicht der Meinung, dass es sich hier um ein Entweder-Oder handelt. Die SPD hat natürlich aktuelle politische Aufgaben zu bewältigen. Aber was bedeutet diese Aufgabenstellung eigentlich? Unser politisches Leben wird unvermeidlich immer komplizierter; jede Entscheidung auf einem bestimmten Gebiet wirkt, gewollt oder ungewollt, auf viele andere Gebiete ein. Nehmen Sie zum Beispiel alle Massnahmen, die mit dem Auf- und Ausbau eines sogenannten Wohlfahrtsstaates zusammenhängen. Sie können der Meinung sein, der Sinn der Sozialpolitik läge darin, immer weitere Gebiete des sozialen Lebens in den Bereich des Wohlfahrtsstaates einzubeziehen, den Staatsbürger "von der Wiege bis zum Grabe" staatlich zu "betreuen" - Sie können auch der Meinung sein, der Staat solle nur eine "Daseinsvorsorge" treffen und damit dem Staatsbürger, der darauf fassen kann, die Möglichkeit schaffen, sein Leben selbst nötig zu gestalten. Für beide Auffassungen ergeben sich "aktuelle politische Aufgaben" - in welcher Zielrichtung wir vorgehen wollen, das sagt Ihnen das Grundsatzprogramm. Die Aufgabenstellung ergibt sich also zum Teil erst aus dem Programm, das auf die Wirklichkeit angewandt wird.

Das Grundsatzprogramm soll auch unmittelbar dazu beitragen, Unklarheiten und Missverständnisse über die Haltung der SPD zu grund-

sätzlichen Fragen philosophischer und religiöser Natur zu beseitigen. Es soll zeigen, welche Traditionsbestände der SPD weitergeführt, welche revidiert worden sind, es soll die ethische Grundhaltung der Partei dokumentieren und ihren Platz in den geistigen Auseinandersetzungen unserer Zeit - die ihren Niederschlag auch immer im Politischen finden - erkennen lassen.

Frage: Können Sie uns sagen, welche Gruppen entscheidend an dem ersten Entwurf mitgearbeitet haben und wie in der weiteren Entwicklung der programmatischen Arbeit die einzelnen Aufgaben verteilt sind?

Antwort: Der Entwurf ist eine Gemeinschaftsarbeit von sozialdemokratischen Politikern und Wissenschaftlern und von Männern und Frauen, die auf bestimmten Spezialgebieten besondere Kenntnisse und Erfahrungen erworben haben. Es würde dem Geist dieser Gemeinschaftsarbeit nicht entsprechen, wenn man den Beitrag einzelner Mitarbeiter besonders hervorheben wollte. Die weitere Bearbeitung des Programmentwurfs soll in einem Gremium vorgenommen werden, das ebenfalls nach den oben erwähnten Gesichtspunkten zusammengesetzt ist und das die der allgemeinen Diskussion entstammenden Vorschläge verwertet.

Frage: Auf dem Parteitag in Stuttgart wurde u.a. auch der Wunsch geäußert, die Partei in ihrer Gesamtheit, also die Ortsvereine, Unterbezirks- und Bezirksorganisationen, sollten sich intensiv mit dem Entwurf beschäftigen und ihre eigenen Gedanken hierzu entwickeln. Welche praktischen Massnahmen wurden von Ihnen, Herr Eichler, unternommen, um die Realisierung des Wunsches zu fördern? Gibt es in den Bezirken besondere Arbeitsausschüsse, die sich mit dem Entwurf zum Grundsatzprogramm beschäftigen?

Antwort: In vielen Organisationen der Partei hat die Diskussion bereits begonnen. Der Entwurf des Programms ist in grosser Auflage hergestellt und versandt worden. Für die Beratungen wurden den Bezirken der Partei die Texte der bisherigen Programme zur Verfügung gestellt. Ich selber und andere Mitglieder der Programmkommission haben bereits häufig und in zunehmendem Masse vor der Diskussion in den Gliederungen der Partei eine umfassende Einführung in den Aufbau und die Hauptprobleme des Programms gegeben. Anschliessend daran wurden dann Arbeitskreise gebildet, die sich mit der Einzeldiskussion, gegliedert in die verschiedenen Teile des Programms, befassen.

Frage: In welcher Form werden dann die Arbeitsergebnisse des Spitzengremiums und diejenigen der Bezirks- und Unterbezirksgremien miteinander verbunden?

Antwort: Es ist daran gedacht, die Diskussionsergebnisse an die Programm-Kommission weiterzuleiten, die sie ihrerseits in Bezug auf ihre Verwendung bei der abschliessenden Formulierung diskutiert. Die Änderungsvorschläge werden überdies der Parteiöffentlichkeit bekannt gegeben werden, damit die Mitgliedschaft sie bei ihren Entscheidungen über das Programm berücksichtigen kann, die ein Parteitag zu treffen haben wird.

Frage: Wie weit sind auch namhafte Wissenschaftler, die nicht Sozialdemokraten sind, an den Vorarbeiten zum Grundsatzprogramm beteiligt?

Antwort: Sie sind natürlich nicht Mitglieder der Programmkommission gewesen. Aber es haben viele Gespräche stattgefunden, die dem Programminhalt gegolten haben. Und natürlich ist auch die öffentlich ausgesprochene Kritik von der Programmkommission verwertet worden. Wir sind ja nicht der Meinung, dass es eine "sozialistische Wissenschaft" gibt, auch nicht für sozialistische Wissenschaftler. Deren Aufgabe ist es, zu erforschen, was die Wissenschaft zu den grundsätzlichen Aufgaben des Sozialismus zu sagen hat. Und dafür können selbstverständlich auch die Arbeiten und Ansichten nicht-sozialistischer Forscher von grossem Wert sein - und sind es auch gewesen.

Frage: Glauben Sie, dass der jetzt diskutierte Entwurf des Grundsatzprogramms in absehbarer Zeit fertig wird, oder müssen Sie annehmen, dass die Arbeiten vielleicht längere Zeit in Anspruch nehmen?

Antwort: Ich glaube, dass die Diskussionen so geführt und zusammengefasst werden können, dass sich am Beginn des nächsten Jahres eine klare Übersicht über die Änderungsvorschläge ergibt, die dann in einen veränderten Entwurf verwertet werden können. Die Frage würde dann sein, ob man zu dessen Verabschiedung einen Sonderparteitag einberufen soll. Es scheint mir gut, das zu tun, denn dann wäre, unbelastet durch alle die Sonderfragen, die einen normalen Parteitag mit Recht beschäftigen, eine Gelegenheit gegeben, Programmfragen ausführlich, in grösserer Öffentlichkeit und Ruhe, zu erörtern. Da das Programm eine Art Grundgesetz der Partei ist, scheint mir dieser Aufwand nicht übertrieben zu sein.

+ + +

Kommuniqué

der Sitzung des Parteivorstandes am 3. September 1958 in Bonn

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich nach Berichten des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, und des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden, Herbert Wehner, (über sein Gespräch mit Bundesminister Lemmer) eingehend mit der besorgniserregenden Flüchtlingssituation befaßt. Der Parteivorstand war einmütig der Auffassung, dass den Flüchtlingen, die ein unmenschliches System zwingt, Landflüchtige in eigenen Land zu werden, mit allen Mitteln geholfen werden muss. Die SPD sei bereit, jede nur denkbar praktische Hilfsmassnahme für diese Menschen zu unterstützen. Insbesondere müsse dafür gesorgt werden, dass der Flüchtlingsrückstau in Berlin so schnell wie möglich abgebaut wird, um die Situation in der Viersektorenstadt zu entlasten. Er appelliert an die Bundesregierung und die Länderregierungen, alles zu tun, um Berlin in dieser Frage zu helfen.

Der Parteivorstand hat ferner beschlossen, das Vorstandsmitglied Max Kukil nach Berlin zu entsenden, der an Ort und Stelle die Situation beobachten soll. Diese Tätigkeit soll dazu dienen, der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion für die nächste Sitzung in Berlin Anregungen zu geben, um unmittelbar konkrete Anträge einbringen zu können, die den Flüchtlingen helfen können. Auch der Parteivorstand wird in seiner nächsten Sitzung in Berlin am 29. September erneut das Problem beraten.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die internationale Lage, vor allem im Hinblick auf die Möglichkeiten diskutiert, die sich aus der für den 31. Oktober 1958 in Genf vorgesehener Konferenz der Grossmächte zur Einstellung der Versuchsexplosionen ergeben, erörtert. In seinem Referat stellt der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer fest, dass die Sozialdemokratische Partei nicht die geringste Veranlassung habe, im Kampf gegen die weltweiten Gefahren des Atomwetterüstens nachzulassen. Wenn sich heute erste Möglichkeiten abzeichneten, beim Atomwetterüsten zu einem Stop zu kommen, so habe das nicht zuletzt die Mobilisierung der öffentlichen Meinung in aller Welt erreicht, an der die SPD für ihren Bereich einen grossen Anteil habe. In der jetzigen Situation gelte es, nicht zu erlahmen, sondern die Kräfte, die nach Entspannung und Abrüstung drängen, weiter zu verstärken. Der Vorstand der SPD hat zu diesen Fragen einmütig eine Entschliessung angenommen. (Siehe Anhang Blatt 2)

Die Vorstandsmitglieder Waldemar von Knoeringen, Willy Brandt und Kurt Pohle erstatteten Berichte über die Vorbereitung der Landtagswahlkämpfe in Bayern, Berlin und Schleswig-Holstein. Aus allen Berichten ging hervor, dass die Partei den neuen Entscheidungen mit Zuversicht entgegenblickt. Es wurde beschlossen, zu der Konferenz der sechs sozialistischen Parteien der Montan-Unioneländer, die am 18. und 19. Oktober in Strassburg stattfindet, eine starke Delegation unter Führung von Erich Ollenhauer und Herbert Wehner zu entsenden. Auf dieser Konferenz werden Probleme der Freihandelszone, des Gemeinsamen Marktes und Agrarfragen behandelt werden.

Entschliessung

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands begrüsst die ersten Erfolge der weltweiten Bewegung gegen das Atomwetterüsten. Über die Einstellung der Versuchs-Explosionen werden die Grossmächte in naher Zukunft verhandeln. Jetzt muss die öffentliche Meinung die Regierungen zwingen, politische Schlussfolgerungen aus den Beratungen der Sachverständigen in Genuf über die Kontrollmöglichkeiten und den Meinungen der Wissenschaftler der Vereinten Nationen über die Strahlungsgefahren zu ziehen.

Das Atomwetterüsten bleibt eine tödliche Bedrohung der Menschheit. Jede Aussicht auf Entspannung und gesicherten Frieden und damit auch auf die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands wird zerstört, wenn es nicht gelingt, das Atomwetterüsten zum Stillstand zu bringen. Die SPD fordert die verantwortlichen Grossmächte auf, endlich ein Abkommen über die kontrollierte Beendigung der Versuchsexplosionen abzuschliessen und vor allem den Kreis der Atomwaffenbesitzer nicht zu vergrössern. Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland müsste es sein, in dieser Situation von der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr abzuweichen und damit ein ermutigendes Beispiel zu geben. Die Bundesregierung sollte eine übereinstimmende Haltung aller derjenigen Staaten herbeizuführen suchen, die am Atomwetterüsten noch keinen Anteil haben. Damit könnten die Verhandlungen der Grossmächte entscheidend gefördert und der Abschluss eines Stillhalteabkommens als erster Schritt erreicht werden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hält nach wie vor die Aufklärung der Bevölkerung über die Gefahren und auch über die grossartigen friedlichen Möglichkeiten des Atomzeitalters für eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Der Kampf gegen die hereinziehung Deutschlands in das Atomwetterüsten muss fortgesetzt werden. Deshalb wird die SPD die Zusammenarbeit mit dem überparteilichen Ausschuss "Kampf dem Atomtod" fortsetzen und dessen Bemühungen mit allen Kräften unterstützen.

Die Urteile des Bundesverfassungsgerichts beschränken sich auf die formale Feststellung, dass Länder und Gemeinden nicht zuständig sind, um in einer Angelegenheit der Bundespolitik örtlich eine Volksbefragung zu veranstalten. Dagegen hat das Gericht nicht ausgesprochen, dass der Bundestag die von seiner Mehrheit abgelehnte Volksbefragung nicht durch Gesetz anordnen durfte. Insbesondere hat das Gericht, weil dies nicht seine Aufgabe war, das politische Problem gar nicht behandelt, dass die atomare Ausrüstung der Bundeswehr ein Unglück für unser Volk ist. Politisch bleibt die Tatsache bestehen, dass eine Einbeziehung der Bundesrepublik in das Atomwetterüsten, die Not in der Zone verschärft, die Wiedervereinigung vereitelt und ein Verhängnis für den Weltfrieden sein kann. Jeder Deutsche bleibt aufgerufen, diese Gefahren einer atomaren Ausrüstung der Bundeswehr zu erkennen und zu bekämpfen, um den Weg zu einer Politik der Entspannung und des Friedens zu öffnen.